

Goethegymnasium Hildesheim

Philosophischer Essaywettbewerb 2022

Dein Freund, der Staat

-

Freiheit für alle erfordert staatliche Fürsorge

Yannick Rinne

Jahrgang 13

Abgabedatum: 11.01.2022

Vier Monate sind seit der Bundestagswahl 2021 vergangen, inzwischen ist Olaf Scholz Bundeskanzler. SPD, Grüne und FDP haben sich zusammengefunden, obgleich insbesondere ihre Vorstellungen dazu, inwieweit der Staat in Wirtschaft und gesellschaftliches Leben eingreifen darf und soll, weit auseinanderliegen. Die drei Parteien waren sich lediglich schnell
5
einig, dass sie alle eine Form der gesellschaftlichen Liberalisierung befürworten, also die Freiheit des Individuums und die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensmodellen gestärkt werden sollen. Der Staat rückt demnach ab von der Durchsetzung konservativer Wertvorstellungen und sagt illiberalen Diskriminierungsformen wie Sexismus oder Rassismus den Kampf an. Dagegen hakte es wohl jedoch bei der Frage des Staates in Wirtschafts-, Sozial- und Klimaschutzpolitik, beispielsweise im Hinblick auf die von SPD und Grünen geplanten Vermögens- und stärkeren Einkommenssteuern für Spitzenverdienende, die seitens der FDP strikt abgelehnt werden. Und daher passiert auf diesem Feld laut Koalitionsvertrag auch erstmal
10
nicht viel, lediglich der Mindestlohn kommt. Denn nichts zu tun, wenn man uneins ist, das ist wohl der kleinste gemeinsame Nenner.

Für mich stellt sich an dieser Stelle jedoch ganz generell die Frage, wie wir als Gesellschaft Staatlichkeit gestalten wollen. In Anbetracht dessen, dass das Thema „soziale Gerechtigkeit“ bei der Wahlentscheidung Umfragen zufolge 53 % der Deutschen sehr wichtig war und damit von allen genannten Themen die größte Rolle spielte¹, interessiert mich hierbei vor allem die Sozialstaatlichkeit. Sollte der Staat in höherem Maße eine soziale Fürsorgefunktion übernehmen, indem er finanziell schwächer aufgestellte Bürgerinnen und Bürger stärker unterstützt?
20
Kann und darf er dabei regulierend in marktwirtschaftliche Prozesse eingreifen, um zu verhindern, dass nur ein geringer Teil der Bevölkerung von der Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft profitiert und sich das Vermögen in dieser Schicht zunehmend akkumuliert. Diese Thematik berührt allem voran den Bereich der Politischen Theorie und Philosophie, da sie die
25
generelle Frage des Verhältnisses von Staat und Bürgern sowie der Menschen untereinander aufwirft.

Staatlichkeit an sich ist im Allgemeinen nicht unumstritten, insbesondere wenn man einen Blick auf libertäre politische Spektren wirft, die einen generellen Autoritäts- und Staats skeptizismus aufweisen. Von diesen wird ein individuell-autonomes oder gar anarchisches System favorisiert. Meiner Meinung nach sind derartige Vorstellungen aber vor allem deshalb zur praktischen Anwendung gänzlich ungeeignet, weil sie die Komplexität der menschlichen Zivilisation unterschätzen. Unsere heutigen Gesellschaften konnten im historischen Kontext erst dadurch entstehen, dass der Mensch es vollbracht hat, ideelle Gemeinschaften mit einem Zugehörigkeitsgefühl zu erschaffen, welches allein durch den Glauben an eine gemeinsame Nation, Religion oder ein anderes verbindendes Merkmal gestützt wird. Anders wäre das heutige
30
35

¹ Vgl. ZDF-Politbarometer, 2021.

Konstrukt einer eng verbundenen Welt, in welcher es trotz aller vorkommenden Konflikte komplexe Verflechtungen und Beziehungen zwischen allen Volksgemeinschaften und Ökonomien gibt, nicht denkbar. Diese Form der Kooperation weit über die Grenzen einer familiären oder herdenartigen Zusammenarbeit hinweg unterscheidet uns Menschen doch auch im Wesentlichen von tierischen Populationen, bei denen die Größe einer funktionellen sozialen Lebensgemeinschaft stark begrenzt ist². Gerade aber für den Übergang zu einer solchen menschlichen Zivilisation ist eine gesellschaftliche Ordnung unabdingbar. Dies bedeutet zwar auch, dass der Einzelne für das Funktionieren der Gesamtheit auf einen Teil seiner negativen Handlungsfreiheit verzichten muss. Er ist nicht mehr komplett frei von gemeinschaftlichen Pflichten und Zwängen. Dafür jedoch gewinnt jeder an positiver Freiheit hinzu, weil der kollektive Fortschritt viel mehr materiale Möglichkeiten zur Nutzung von Freiheiten bietet.

Vor dem Hintergrund der Frage nach dem Ausmaß staatlichen Agierens ist ferner vor allem auch der Anspruch von Gerechtigkeit relevant. Gerade Olaf Scholz sprach vor der Bundestagswahl immer von „Respekt“ für die Lebensleistungen aller Bürgerinnen und Bürger. Auch in vorherigen Wahlkämpfen versuchte die SPD – wenn auch nicht immer von Erfolg gekrönt – oftmals mit dem Thema Gerechtigkeit für sich zu werben. In meinen staatspolitischen Überlegungen sind die beiden Gegenpole Verfahrensgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit zu unterscheiden. Ersteres setzt lediglich die einheitliche Behandlung aller Menschen voraus, also die Tatsache, dass jeder denselben Regeln unterworfen ist und damit prinzipiell gleiche Bedingungen in der Nutzung seiner formalen Freiheiten hat. Es sagt jedoch nichts darüber aus, dass auch die Resultate verschiedener Lebenswege ergebnisgleich oder von ähnlichem Erfolg sind. Somit ist diese Form der Gerechtigkeitsdefinition wesentlicher Teil eines neoliberalen Weltbilds, dass zwar einerseits Chancengleichheit fordert, letztlich aber massive Unterschiede bei Vermögen und Lebensstandards mit dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit begründet sowie gleichzeitig akzeptiert.

Im Gegensatz dazu verlangt die Verteilungsgerechtigkeit, das Einkommens- und Vermögensgefälle zwischen den Ärmsten und Reichsten klein und stabil zu halten. Dies impliziert zwingend eine höhere Relevanz des Staates als Akteur in der Wirtschaftspolitik. Denn allein nach den Gesetzen des Marktes ohne ordnungspolitische Eingriffe sind derartige Resultate kaum denkbar. Letztlich bedeutet reale Verteilungsgerechtigkeit auch ein hohes Maß an materialer Freiheit, also die Möglichkeit seine formalen Freiheiten aufgrund ausreichender finanzieller Mittel auch auszunutzen. Dafür wäre ein höheres Maß an sozialstaatlicher Umverteilung vonnöten, welche jedoch von einer derzeitigen parlamentarischen Mehrheit aus CDU/CSU, FDP und AfD abgelehnt wird, die alle vor der Wahl jeweils Programme vorgelegt haben, die die

² Vgl. Harari 2015, S. 210f.

Einkommensstärksten nicht nur absolut, sondern auch prozentual stärker als alle anderen steuerlich entlasten würden.

Aber nehmen wir nochmal die häufigste Begründung für dieses Vorhaben unter die Lupe: das Leistungsprinzip. Können die gigantischen Einkommens- und Vermögensunterschiede innerhalb unserer Gesellschaft wirklich durch Leistung begründet werden? Ist es durch die Anstrengungen für sein Unternehmen zu rechtfertigen, dass ein DAX-Vorstand mit 2 Millionen Euro Jahresgehalt im Vergleich zu einer mit Mindestlohn vergüteten Reinigungskraft (rund 20 000 Euro Bruttojahresgehalt) im selben Unternehmen realistisch etwa das Hundertfache verdienen kann? Betriebswirtschaftlich mag dies für den Konzern irgendwie logisch sein, doch ist diese enorme Diskrepanz der vermeintlichen Arbeitsleistungen objektiv begründbar und damit auch auf einen realen Nutzen der Arbeitenden für die Allgemeinheit übertragbar? An dieser Stelle wird meiner Meinung nach schon deutlich, dass unsere vermeintlich an Objektivität bemühten Kriterien zur Messung von ökonomischen Werten ihre Schwächen haben. Denn es ist zweifelsohne nicht gerechtfertigt, allein von der am Bruttoinlandsprodukt ablesbaren volkswirtschaftlichen Wertschöpfung auf den gesellschaftlichen Nutzen einer Arbeitskraft zu schließen. Das wird auch daran deutlich, dass eine Reinigungs-, Pflege- oder Müllentsorgungsfachkraft zwar verhältnismäßig wenig verdient, ohne ihre Arbeit jedoch unser gesellschaftliches Leben und damit auch die ökonomischen Parameter komplett einbrechen würden. Der Anteil einer schlecht bezahlten Belegschaft eines Großunternehmens ist an dessen Millionen- oder Milliardengewinnen also vermutlich doch viel größer als die ihr ausgezahlte Vergütung.

Allein mit dem höheren Risiko der Unternehmensführung ist dies auch nur bedingt zu erklären, zumal die heute üblichen Gesellschaftsrechtsformen eine Haftung der operierenden Privatpersonen für die meisten Fälle ausschließen. Meine zugespitzte Hypothese lautet vielmehr, dass hinter der Existenz von Geringverdienenden und Vermögenslosen auch ein (nicht immer expliziter) politischer Wille steckt. Denn die Armut eines Bevölkerungsteils nutzt den bessergestellten Milieus. Sie finanziert indirekt deren Wohlstand, weil dieser fast immer auf der getanen Arbeit von Niedriglöhnern aufbaut. Außerdem ist es ein Teufelskreis, weil sich aufgrund von bestehender Armut immer jemand finden wird, der die zu verrichtende Arbeit innerhalb der Wertschöpfungskette für genauso wenig Geld tut. Und wenn dies in Deutschland aufgrund von höheren Lohnniveaus oder Mindestlöhnen nicht möglich ist, wird beispielsweise auf fernöstliche Arbeitskraft zu noch günstigeren Konditionen ausgewichen.

Der Sozialökonom und Wirtschaftsethiker Sebastian Thieme beschreibt dies in einem ähnlichen Zusammenhang als „ökonomische Misanthropie“. Demnach müsse man sich eingestehen, dass die Forderung nach mehr Markt und mehr Wettbewerb unter Ausschluss staatlicher Eingriffe meist durch mehr Wohlstand begründet werde, aber der Wettbewerb nun mal per definitionem Ungleichheiten aufdecke und alle Teilnehmer in Sieger und Verlierer aufteile.

Zwar verschwänden diese Verlierer bei uns nicht wie in sozialdarwinistischer Form vom Markt, jedoch würden sie vom Sozialstaat allenfalls repressiv aufgefangen, indem man ihnen Sanktionen oder Maßnahmen auferlege und sie schnell wieder in schlecht bezahlte Jobs dränge³. Diese These der Menschenfeindlichkeit mag überspitzt klingen, letztlich jedoch enthält sie einen wahren Kern. Der pure marktwirtschaftliche Wettbewerb ist mit der grundgesetzlichen Garantie der Gleichwertigkeit und Würde aller Menschen nicht vereinbar. Es braucht also zwingend Staatlichkeit zur Regulation des Marktes.

Ein starker Staat braucht allerdings auch viel Geld. Dieses nimmt er über Steuerzahlungen ein, welche Neoliberalen jedoch traditionell ein Dorn im Auge sind. Im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit ist es hingegen absolut geboten, einerseits hohe Einkommen zugunsten der Allgemeinheit stärker zu besteuern, andererseits auch bereits vorliegende Vermögen mit Abgaben zu belasten. Letzteres scheint insbesondere deshalb angebracht, weil die Vermögen bestimmter sozialer Milieus immer weiter ansteigen. Die Menschen, die sich jedoch kein Ansparen leisten können, sondern ihr Einkommen vollständig für Mieten und Lebenshaltungskosten aufwenden müssen, verharren an ihrem Platz. Vor allem eine höhere Erbschaftsbesteuerung dürfte konsequenterweise sogar im Sinne der Verfechter von Leistungsgerechtigkeit und liberaler Chancengleichheit sein. Schließlich gibt es letztere in Deutschland und erst recht weltweit schlichtweg deshalb nicht, weil zu einem großen Anteil allein über das Elternhaus entschieden wird, welche Möglichkeiten Kinder auf ihrem Bildungs- und Berufsweg haben. Für einen beachtlichen Teil der jungen Bevölkerung in Deutschland ist der Karriereweg durch die Möglichkeiten der Eltern begrenzt, von Gerechtigkeit kann daher weder im Sinne der Verteilung finanzieller Mittel noch hinsichtlich Chancengleichheit und Leistungsprinzip die Rede sein.

Um meine Überlegungen auf einen Kernpunkt herunterzubrechen, kann ich demzufolge nur zu folgendem Schluss kommen: Es ist absolut vernünftig, dass Politik und Gesellschaft sich derzeit zunehmend für mehr formale Freiheiten im Zuge einer gesellschaftlichen Liberalisierung einsetzen. Der Staat sollte den Menschen nämlich schlichtweg nicht mehr vorschreiben, wie sie ihr Leben zu führen haben. Damit wird man der Heterogenität der Lebenswirklichkeiten in unserer Gesellschaft auch endlich gerecht. Allein das Eintreten gegen Rassismus, Klassismus, Sexismus oder andere Diskriminierungsformen auf rein ideologischer Ebene ist jedoch unzureichend. Denn auf ihrer Basis sind Ungleichheiten derart historisch gewachsen, dass sie sich ohne staatliches Handeln kaum ausgleichen werden. Vielmehr wird die Benachteiligung sich von Generation zu Generation fortführen. Die Karten müssten zumindest in Ansätzen neu gemischt werden, um die historisch-strukturelle Benachteiligung gewisser Bevölkerungsteile auszugleichen.

³ Vgl. Thieme 2021, S. 14f.

Meines Erachtens ist es demzufolge für die Erreichung maximaler kollektiver Handlungsfreiheit positiver bzw. materialer Definition unumgänglich, dass der Staat als fürsorglicher und regulieren der Akteur fungiert, der Ungerechtigkeiten aufzuheben versucht. Es geht dabei nicht um die Etablierung egalitaristischer Strukturen, vielmehr bedarf es eines starken Staates für
5 den bestmöglichen Ausgleich der aus marktwirtschaftlichem Wettbewerb zwangsläufig resultierenden Einkommens- und Vermögensgefälle. Dafür braucht es allerdings eine neuausgerichtete Politik, die sich von derzeitig oft immer noch mehrheitsfähigen Stigmen abkehrt, welche beispielsweise Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger zu Menschen zweiter Klasse degradieren, die insbesondere höhere finanzielle Unterstützungen vermeintlich kollektiv als „soziale
10 Hängematte“ auszunutzen gedenken. Ich bin mir sicher, es ist in unserer Gesellschaft prinzipiell mehrheitsfähig, dass der Staat es sich zu seiner Maxime macht, zu jeder Zeit die selbstbestimmte Handlungsfähigkeit aller Bürgerinnen und Bürger sowohl in freiheits- als auch gerechtigkeits-theoretischer Hinsicht abzusichern. Da dieses in meinen Augen politisch viel nachhaltigere Vorgehen jedoch teils gar nicht zur Wahl steht, werde ich mich wohl zunächst wieder
15 einmal bis zur nächsten Bundestagswahl gedulden müssen.

Quellenverzeichnis:

Harari, Yuval Noah: Eine kurze Geschichte der Menschheit, 34. Auflage, München: Pantheon Verlag 2015

5

Thieme, Sebastian: Die gemeine VWL, in: OXI – Wirtschaft anders denken, Ausgabe 9/21, September 2021, S. 14f.

10 ZDF-Politbarometer: SPD weiter vor der Union, Meldung vom 17.09.2021,
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-spd-vor-cdu-bundestagswahl-102.html?slide=20210916-1048-54-1010> (zuletzt abgerufen am 09.01.2022)

Selbstständigkeitserklärung:

15 Hiermit erkläre ich, dass ich das vorliegende Essay (Rahmenthema: „Brauchen wir einen fürsorglichen und regelnden ‚Staat‘ oder sollten uns die staatlichen Institutionen maximale Freiheit lassen?“, Titel: „Dein Freund, der Staat“) selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen verwendet habe. Insbesondere versichere ich, dass ich alle wörtlichen und sinngemäßen Übernahmen aus anderen Werken als solche kenntliche gemacht habe.

20

Hildesheim, 10.01.2022

Yannick Rinne